Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 384 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Freitag, 8. August

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Mit Zustimmung von Hindenburg, Ludendorff und Helfferich gibt der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis eine gegen die Minister Bauer und Erzberger gerichtete Darstellung der Vorgänge vom September 1917.

* Das französisch-amerikanische Bündnis steht ernstlich in Gefahr, vom Senat abgelehnt zu werden.

* In den nächsten Tagen soll in Budapest eine Uebergangsregierung gebildet werden.

* Die belgische Regierung hat die Kohlenausfuhr nach anderen Ländern als nach Frankreich verboten.

* Die Alliierten werden die erste Rate der Schadenersatzforderung am 1. April 1920 einziehen.

Der englische „Friedensfühler"

Berlin, 7. August.

Ueber den englischen Friedensfühler veröffentlicht die „Voss. Zeitung" eine ihr von dem früheren Reichskanzler Dr. Michaelis nach Besprechungen mit den Vertretern der früheren obersten Heeresleitung und dem Staatsminister Dr. Helfferich und in Gemeinschaft mit diesen gegebene Darstellung, die in ihrem sachlichen Teil im wesentlichen folgendermaßen lautet:

Ich war mit dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Herrn v. Kühlmann, mit dem ich alsbald das Schreiben des Nuntius eingehend besprach, der Meinung, daß angesichts des begleitenden Kommentars des Kardinalstaatssekretärs war die starke Möglichkeit eines ernstlichen englischen Friedensfühlers vorlag, das jedoch aus dem von dem Nuntius mitgeteilten Text der Mitteilung des Foreign office an den britischen Gesandten beim Vatikan sich nicht mit der für die Abgabe der gewünschten Erklärung über Belgien die erforderliche Sicherheit der Ernsthaftigkeit der englischen Bereitschaft ergäbe, um für Deutschland auf annehmbare Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten. Deshalb habe ich mit Herrn von Kühlmann vereinbart, daß zunächst ein von Herrn von Kühlmann vorgeschlagener Diplomat die englische Regierung auf ihre Bereitschaft sondieren solle.

Im Kronrat vom 11. September beantragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen die kaiserliche Ermächtigung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens bereit sei. Der Chef des Generalstabes sprach sich dafür aus, daß die flandrische Küste in deutscher Hand bleiben müsse. Die Vertreter der Obersten Heeresleitung legten die militärischen Gründe dar, die in Rücksicht auf die exponierte Lage des für die Kriegführung durch seine kriegswirtschaftlichen Erzeugnisse unentbehrlichen rheinisch-westfälischen Industriegebietes und die spätere Verteidigungsmöglichkeit des Reiches die militärische Kontrolle über die Festung Lüttich und Umgebung erwünscht erscheinen lasse. Der Kaiser entschied im Sinne meines Antrages mit dem Vorbehalt einer erneuten Prüfung, falls der Verzicht auf Belgien nicht bis Jahresende den Frieden sichern und so einen neuen Kriegswinter erschweren soll.

Auf dieser Grundlage habe ich den Staatssekretär des Auswärtigen beauftragt, seinen neutralen Vertrauensmann zu instruieren. Dem neutralen Vertrauensmann wurde in meinem Auftrage eröffnet, unsererseits sei Voraussetzung für Verhandlungen mit England: Die Erhaltung unseres Besitzstandes vor dem Kriege einschließlich der Kolonien, der Verzicht auf Entschädigung und die Abstandnahme von dem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege.

Michaelis führt sodann aus von dem Reichsminister Bauer, daß es sich in dem veröffentlichten Briefwechsel zwischen ihm und dem Feldmarschall von Hindenburg nicht um Vorbehalte handelte, die gegenüber England gemacht, sondern um Ziele, die in Verhandlungen mit Belgien selbst angestrebt werden sollten. Die in dem Briefe des Feldmarschalls beigefügte Denkschrift des Generals Ludendorff vom 14. September 1917 hatte ohne diese den Zweck einer schriftlichen Niederlegung seiner im Kronrat gemachten Ausführungen, wie das auch aus ihren Eingangsworten deutlich hervorgeht.

Michaelis fährt dann fort, die Aktion des neutralen Vertrauensmannes ist durch diese Dinge in keiner Weise eingeengt und erschwert worden, sie führte jedoch schließlich zu einem durchaus negativen Ergebnis. Es ergab sich, daß der Kardinalstaatssekretär und der apostolische Nuntius in München der Mitteilung des Foreign office an den britischen Gesandten beim Vatikan eine dieser Mitteilung nicht zukommende Bedeutung beigelegt hatten.

Das neue ungarische Kabinett

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Budapest, 7. August.

Nach einer Meldung des Ung. Korr.-Büro wurde in Budapest heute eine Kundgebung des Erzherzogs Joseph angeschlagen, in der es u. a. heißt:

Es drohe eine Katastrophe, wenn die ungarische Intelligenz vereint mit der nüchternen Arbeiterschaft und dem ackerbauenden Volk nicht mit starker Hand Ordnung schaffe. Weiter gibt die Kundgebung das folgende vorläufige Kabinett bekannt:

Ministerpräsident: der frühere Staatssekretär für Heereswesen Stephan Friedrich, Inneres: Adolf Samassa, Aeußeres: General Gabriel Tancsos, Kultus und Unterricht: Dr. Alexander Imre, Krieg: General Franz Szneyer, Handel und Gewerbe: Interimistisch Stephan Friedrich, Finanzen: Dr. Joh. Grunn, Volkshygiene: Dr. Andreas Gillery, Ernährung: einstweilen unbesetzt, Ministerium der nationalen Minderheiten: Dr. Jakob Bleyer, Justiz: Dr. Bela Szasz, Ackerbau: Dr. Roland Gyoery.

In einigen Tagen soll eine Uebergangsregierung nach Anhörung der Bürgerschaft des ackerbauenden Volkes und der Arbeiterschaft gebildet werden.

Entsprechend einer Verordnung des Ministerrates haben im ganzen Lande die von der Räteregierung zur Disposition gestellten Justizbeamten ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Basel, 7. August.

„Information" erfährt aus Budapest: Die Szegediner Truppen haben die Burg von Budapest als ihr Standquartier bezogen. Auf ihrem Turm weht seit der Novemberrevolution wieder die alte königliche Fahne. Die Vorbereitungen der jetzigen Militärmacht in Budapest lassen darauf schließen, daß das Ende der ungarischen revolutionären Bewegung bevorsteht. Ganz Ungarn ist so gut wie von den Bolschewisten gesäubert. In Waizen und Komor sind alle ehemaligen Volksbeauftragten von der wütenden Menge erschlagen worden.

Rücktritt des Unterstaatssekretärs v. Braun

Berlin, 7. August.

Wie gemeldet wird, gab in der heutigen Vorstandssitzung des Reichsernährungsministeriums der Unterstaatssekretär Ebler von Braun seinen bevorstehenden Rücktritt bekannt.

Der Schadenersatz

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Basel, 7. August.

„Echo de Paris" meldet, daß die Alliierten die erste Rate der Schadenersatzforderung am 1. April 1920 einziehen werden. Die Verhandlungen mit Deutschland über die Bereitstellung von deutschen Arbeitern für die Wiederherstellungsarbeiten in Nordfrankreich betreffen eine Arbeiterschaft von 600000 Mann.

Botschafter Dutasta?

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Paris, 7. August.

Zu der Nachricht, daß sich Dutasta nach Berlin begeben wird, erfährt das Blatt „Paris Midi", daß diese Nachricht in diplomatischen Kreisen verneint wird. Es wird auch daran erinnert, daß die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Deutschland, solange der Friedensvertrag nicht ratifiziert ist, unmöglich sei.

Das französisch-amerikanische Bündnis

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Basel, 7. August.

Nach Pariser Meldungen der „Züricher Zeitung" berichtet die „New York World", daß das französisch-amerikanische Bündnis ernstlich in Gefahr sei, vom Senat abgelehnt zu werden und daß die Mehrheit des Hauses nicht damit einverstanden sein wird, daß das Abkommen irgendwie mit dem Völkerbund verknüpft wird. Man möchte lieber eine einfache Militär-Alliance abgeschlossen sehen, die im Falle eines deutschen Angriffes unmittelbar in Kraft tritt.

Auch Scheidemann „enthüllt"

Hannover, 7. August.

Zur Vorgeschichte des Abganges des Kaisers veröffentlicht die „D. Volksztg.", das Organ der deutsch-hannoverschen Partei, heute einen Brief Scheidemanns vom 29. Oktober 1918 an den damaligen Reichskanzler Prinzen Max von Baden, in dem Staatssekretär Scheidemann unter Hinweis darauf, daß durch das Zensurverbot der Oeffentlichkeit die Möglichkeit genommen ist, durch Diskussion eine Frage zu klären, die zu einer brennenden Schicksalsfrage des deutschen Volkes geworden ist, zu folgender Forderung kommt:

Aus diesem Grunde sehe ich mich gezwungen, nunmehr die Forderung, die in der Presse nicht gestellt werden darf, im Kabinett zu stellen, nämlich diese, die Herren Staatssekretäre möchten den Herrn Reichskanzler bitten, S. Majestät dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten.

Zur Begründung wird u. a. ausgeführt, es kann nicht bezweifelt werden, daß die Friedensverhandlungen beträchtlich günstigere Aussichten bieten, wenn die im deutschen Volke vollzogene Aenderung des Systems durch einen Wechsel an der höchsten Stelle des Reiches nach innen und außen deutlich sichtbar gemacht wird. Die ganze politische Situation legt die Vermutung nahe, daß die vorgeschlagene Bitte nur hinausgezögert, aber doch nicht vermieden werden kann. Deshalb ist es besser, wenn der Kaiser jetzt schon aus der Gesamtlage die Konsequenzen, die nach Auffassung auch zahlreicher deutscher Staatsmänner gezogen werden müssen, so schnell wie möglich zieht.

Wer regierte im September 1917?

Nach Erzberger regierten zur Zeit seiner Bemühungen um einen Verständigungsfrieden die konservative Partei und die Oberste Heeresleitung. Man sieht an der Aufnahme, den diese dreiste Unwahrheit fand, wie gründlich die allgemeine Unwälzung mit der Erinnerung an die jüngste Vergangenheit aufgeräumt hat. Die Konservativen Regierungspartei! Wenn Bethmann, der aus einer alt-liberalen Familie stammte, auch in der ersten Zeit seiner Kanzlerschaft mit ihnen Beziehungen gepflogen hatte, damit war es endgültig aus seit dem November 1911, als Heydebrand seine große Anklagerede gegen die äußere Politik des Kanzlers hielt. Er zeigte hier eine Auffassung der englischen Politik, deren Wahrheit die folgenden Ereignisse durchaus bestätigt haben, die aber das gerade Gegenteil bildete zu der von Bethmann, der durchaus überzeugt war von dem Verständigungswillen der englischen Regierung, die Deutschland durch den Mund Lloyd Georges eben erst ihr „Hände weg" in der Marokkofrage zugerufen hatte. Die Entwicklung gab Heydebrand durchaus recht und Bethmann mußte eingestehen, daß mit der Kriegserklärung Englands das ganze Gebäude seiner Politik zusammengebrochen sei. Aber anstatt von der politischen Bühne abzutreten, blieb er im Amt, und für das zusammengestürzte Kartenhaus schuf er ein neues. Diesmal galt es, die Sozialdemokratie für den Staat zu gewinnen. Das blieb nun sein vornehmstes Kriegsziel, und bei jeder Kriegsanleihe, für die die Sozialdemokratie stimmte, glaubte er seinem Ziele näher zu sein. Bei Beginn des Krieges hatte einen Augenblick ein tiefer Spalt sich zwischen den durchaus patriotischen Arbeitermassen und ihren auf Internationalismus und Volksverbrüderung eingeschworenen Führern aufgetan, Bethmann sah ihn nicht; behandelte die Führer der Sozialdemokratie als die der Arbeiterschaft und verhalf ihnen so zu ihrem alten Ansehen bei dieser. Die konservative Partei konnte hier nur eine neue Verirrung sehen. Und auch hier hat die Entwicklung ihr recht gegeben. Sie hat z. B. die Reform des Vereinsgesetzes bekämpft. Diese bot der Sozialdemokratie die Möglichkeit, in ihre Vereine auch schon junge Burschen von 16 Jahren aufzunehmen; die Burschen von damals sind die Rekruten von 1918 geworden, die in den Ausbildungslagern meuterten und aus denen sich dann die Soldatenräte bildeten. Man hat der konservativen Partei die Hartnäckigkeit zum schweren Vorwurf gemacht, mit der sie am preußischen Wahlrecht festhielt. Aber von jeder Veränderung hätte doch nur die Sozialdemokratie Vorteil gezogen, die klar und sicher auf ihr Ziel losging, der Sturz der Monarchie, des Obrigkeitsstaates, des Militarismus. Die konservative Partei sah diese zerstörenden Kräfte an der Arbeit, der Kanzler sah sie nicht. Er sah in der sozialdemokratischen Partei die Volkspartei und konnte sich doch nicht verhehlen, daß aus dem Volke sich eine ganz andere Stimme erhob, die eingedenk unserer Geschichte auch aus diesem Kriege einen Aufschwung der deutschen Macht erhoffte. Gern hätte er sie ganz zum Schweigen gebracht, schließlich mußte er mit ihr rechnen, und so entstand jene Halbheit, die ihn stürzte. Nicht die Konservativen haben an seinem Sturz schuld, sie waren in dem interfraktionellen Ausschuß, der unter Hintenansetzung des Reichstages die Politik allein in seine Hand genommen hatte, gar nicht vertreten. Zentrum und Sozialdemokratie gaben Bethmann auf. Als seinen Nachfolger hatte man damals schon den greisen Hertling ausersehen, der aber ablehnte und die Augen des Kaisers auf Michaelis lenkte. Der stand allerdings den Konservativen nahe, war aber in allen Fragen der äußeren Politik machtlos gegenüber seinem Staatssekretär Kühlmann, des verhätschelten Lieblings des „Berliner Tageblatts", der ganz in der Weise Bethmanns vom Versöhnungswillen Englands überzeugt war. Die Konservativen blieben einflußlos und haben von der ganzen Friedensaktion, der Erzberger eine so ungeheure Wichtigkeit beilegt, keinen Anteil. Sie standen abseits.

Nun hören wir den Einwand, daß der konservative Einfluß doch nicht auf die Fraktion beschränkt gewesen sei; die Generalität, die Oberste Heeresleitung sei mit konservativem Geist erfüllt gewesen, und hätte so konservative Politik vertreten, indem sie ihre annexionistischen Forderungen gegenüber den maßvollen des Auswärtigen Amts erhoben hätte. Aber preußische Generale sind keine Parteipolitiker. Als Militärs lag ihnen ob, in erster Reihe an den militärischen Schutz zu denken, und in diesem Sinne formulierten sie ihre Kriegsziele. Sache der politischen Leitung war es, unter ihrer Benutzung eigene politische zu finden. Wenn ihr die Aufgabe zu hoch war, wenn sie mit Neid und Aerger auf die klar durchdachten Forderungen der Militärs sahen, wer kann denen einen Vorwurf machen? Auch die Oberste Heeresleitung stand bei den endgültigen Entschlüssen mit vollem Bewußtsein abseits. Die Verantwortung bleibt allein bei den Parteien des interfraktionellen Ausschusses. Eine von ihnen hat die Revolution gemacht, und die andern beiden war-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908081-12/fragment/page=0001

ten schnell den „monarchischen Plunder" ab und teilten sich mit ihr in den Raub.

Die Seele des interfraktionellen Ausschusses war aber derselbe Erzberger, der nun seinen Mißerfolg auf die Schultern der Konservativen und der Obersten Heeresleitung abwälzen will und angesichts der verhetzten Volksstimmung seines Erfolges sicher zu sein glaubt. Aber das Volk wird auch wieder einmal zur Ruhe und Einsicht kommen. Dann verblassen alle Scheingrößen.

Demokratische Hasentaktik

Von Halleschen Demokraten ist kürzlich der deutschnationale Abgeordnete Heimann angegriffen worden, dem man etwas vorwarf, was man auf demokratischer Seite selbst verschuldet hatte. Nachdem wir die Grundlosigkeit der demokratischen Angriffe nachgewiesen und das eigene schwere Verschulden der Demokraten bezüglich der ungenügenden deutschen Rüstung festgenagelt hatten (in unserem Artikel „Nur Ersatzreserve?) machen es die Halleschen Demokraten wie der Hase, sie schlagen einen Haken und weichen aus! Sie schieben die Diskussion auf ein anderes Gebiet und unterstellen den nationalen Rechtsparteien dort ebenso haltlose wie niedrige Handlungen, die in der unverschämten Behauptung gipfeln: „Die vaterländische Arbeit der Rechtsparteien wäre „nichts anderes als Patriotismus gegen Bezahlung". Es ist umgemein reizvoll, daß diese Herren bei allem, was irgend jemand irgendwo tut, immer zuerst daran denken, was man wohl dafür bezahlt bekommt, ob sich die Sache euch rentiert, oder man möglicherweise dabei gar Pleite geht. Man kann es diesen Leuten im Grunde genommen garnicht übel nehmen, daß sie so kalkulieren und auch die Politik als Gelegenheit zum privaten Geschäftemachen betrachten, denn sie können eben aus ihrer Haut nicht heraus. Nur sollten sie mit dieser niedrigen Denkweise auf ihrem eigenen Parteigebiet bleiben und nicht die nationalen Parteien damit verunglimpfen. Das deutsche Volk und Vaterland ist zu schade, um mit derart gemeinen demokratischen Verdächtigungen begeifert zu werden. Die Halleschen Demokraten handeln nach dem Erzbergerschen Grundsatz: den nationalen Gegner nur immer tüchtig mit Schmutz bewerfen, wenn sich hinterher auch alle Behauptungen als unwahr erweisen, etwas bleibt davon doch immer hängen. Man geht wohl nicht fehl in der Vermutung, daß es sich bei diesen demokratischen Angriffen, die in Halle in der Saalezeitung abgeladen werden, um die Einleitung des Wahlkampfes für die bevorstehenden Reichstagswahlen handelt. Nach diesem Vorgeschmack kann man sich einen Begriff davon machen, auf welchem Niveau der Wahlkampf von den Halleschen Demokraten geführt werden wird. Wir können die Herren zu diesem Entschluß nur beglückwünschen! Hatten sie schon mit ihrem verlogenen Plakatsäulengetön deutschnationale Werbearbeit getrieben, so wird das mit Zeitungsartikeln, wie denen in der Saalezeitung, noch weit ergiebiger der Fall sein. Es ist in diesem Betracht schade, daß die Demokraten mit dem Ankleben von Litfaßsäulenplakaten so schnell aufgehört haben. Die anständig denkenden Mitglieder der Demokratischen Partei werden dadurch nach und nach den nationalen Parteien zugeführt. In zahlreichen Zuschriften an uns, wie an die deutschnationale Volkspartei, kam zum Ausdruck, daß sich infolge der demokratischen Plakatklügen der deutschnationale Mitgliederbestand nicht unerheblich vermehrt hat. So sehr man durch die demokratische Wahlkampftaktik auch angewidert wird, so kann man ihr doch nicht absprechen, daß sie deutschnationalen Interessen günstig wirkt.

Deutschlands Unschuld am Weltkrieg

Berlin, 7. August.

Die deutsche Viererkommission, bestehend aus den Professoren Hans Delbrück, Mendelssohn-Bartholdy, Graf Montgelas und Max Weber, die den Bericht über die Verantwortlichkeit am Kriegsausbruch verfaßt hat, veröffentlicht folgende Erklärung:

Bei Abfassung des Berichts über die Verantwortlichkeit am Kriegsausbruch war der deutschen Viererkommission nur bekannt, daß der Bericht des bayerischen Legationsrats von Schoen vom 18. Juli 1914 in der damals vorliegenden Fassung mehrere Irrtümer enthielt. Aus dem inzwischen von Herrn von Schoen in der „D. Allgem. Ztg." vom 2. August veröffentlichten Aufklärung geht hervor, daß die irrtümliche Darstellung des Berichts, als dessen Verfasser unrichtiger Weise der vom 4. bis 26. Juli beurlaubte und von Berlin abwesende bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld bezeichnet worden war, darauf zurückzuführen ist, daß wesentliche Stellen des Berichts weggelassen waren. Diese Stellen beweisen von neuem, daß die **Reichsleitung nicht den europäischen Krieg gewollt und betrieben,** sondern von Anfang an auf die Lokalisierung des Konflikts zwischen Oesterreich und Serbien hingearbeitet hat und ernstlich bestrebt war, alle Anläße zu einem europäischen Kriege auszuschalten.

Zur Begründung der außerordentlichen Verspätung dieser Aufklärung teilt Herr von Schoen mit, daß bei Nachforschung nach seinem Bericht sowohl das Konzept aus den Berliner Gesandtschaftsakten als auch das Original aus dem Archiv des Münchener Ministeriums des Aeußern verschunden waren und erst durch Haussuchungen bei der Witwe Eisners und dem früheren Sekretär Eisners Fechenbach wieder zu Tage gefördert wurden.

Die Unterzeichneten ersuchen die Reichsregierung, bei einer neuen Ausgabe des Weißbuches 1919 die vorstehende Erklärung zum Abdruck bringen zu lassen.

Der Prozeß gegen den Kaiser

London, 7. August.

In Erwiderung einer Anfrage sagte Bonar Law im Unterhause, die Alliierten hätten ihren Beschluß betr. des Prozesses gegen den früheren Kaiser in London nicht geändert, doch könne kein Verfahren eingeleitet werden, bevor der Friedensvertrag ratifiziert worden sei.

Vom amerikanischen Eisenbahnerstreik

Washington, 7. August.

14 amerikanische Eisenbahnerverbände, die etwa 2 Millionen Arbeiter vertreten, haben der Eisenbahnverwaltung die Forderung auf sofortige Erhöhung der Löhne vorgelegt.

Die englischen Blätter vom 5 August bringen eine Reutermeldung aus Montreal vom 4. August, wonach 35 000 Arbeiter in den kanadischen Eisenbahnwerkstätten aufgefordert wurden, bis zum 24. August darüber abzustimmen, ob sie ebenso wie die amerikanischen Arbeiter in den Ausstand treten wollen.

Nationalversammlung

Weimar, 7. August.

73. Sitzung.

Sitzung nachmittags 4 Uhr. Am Regierungstische: Dr. David, Dr. Bell und Erzberger.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation der Abg. Frau Transfeld (Zentr.) und Genossen betreffs Entlassung der Frauen bei der wirtschaftlichen Demobilmachung.

Geheimrat **Dr. Tiburtius** erklärt, die Regierung werde die Interpellation später beantworten.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919.

Der grundlegende § 1, wonach die Einzelpersonen für das Jahr 1919 eine außerordentliche Kriegsabgabe von ihrem Mehreinkommen zu entrichten haben, wird ohne Erörterung angenommen, ebenso die §§ 2 bis 12.

§ 13 setzt die Steuersätze fest. Dieselben beginnen mit 5 Prozent für die ersten 10 000 Mark des abgabepflichtigen Mehreinkommens und steigen staffelförmig bis zu 70 Prozent für die 100 000 Mark übersteigenden Mehreinkommen.

Ein Antrag Auer (Soz.) beantragt eine Erweiterung und Erhöhung der Sätze. Dieselben sollen schon bei einem Mehreinkommen von 5000 Mark mit 5 Prozent beginnen und bis zu 80 Prozent steigen.

Abg. **Droener** (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Die Steuer will die Kriegsgewinnler und unter ihnen in erster Linie die Schieber treffen.

Abg. **Becker-Hessen** (D. Vpt.): Die Steuer bedeutet schon auf Grund der vom Ausschuß beschlossenen Sätze eine Blutentziehung, die die Grenze des wirtschaftlich Möglichen überschreitet. Unter keinen Umständen darf darüber hinausgegangen werden.

Abg. **Wurm** (U. S.): Der Redner mag sich damit trösten, daß der Antrag Auer nicht den Gipfel darstellt. Nach diesem elenden Krieg hat keiner mehr ein Anrecht, aus dem Krieg noch ein Mehreinkommen davon zu tragen.

Abg. Dr. Heim (Zentr.): Der fleißige Mann darf nicht mit dem Schieber, die Genossenschaften dürfen auch nicht mit allen juristischen Personen in einen Topf zusammengeworfen werden.

Die Anträge werden abgelehnt. Die §§ 13 und 14 werden in der Ausschußfassung angenommen. Die §§ 15—27 betreffen die Abgabepflicht der Gesellschaften. Bei § 24, der die Abgabe für inländische Gesellschaften auf 80 Prozent des Mehrgewinns festsetzt, wird ein Antrag der U. S., bei der eventuellen Erstattung der Kriegsabgabe an Gesellschaften die von ihnen erlegte Kirchensteuer nicht mit in Rechnung zu stellen, angenommen.

§ 26, der die Abgabe für ausländische Gesellschaften in der gleichen Höhe und mit den gleichen Ermäßigungen von 10 bis 50 Prozent, wie bei den inländischen, ansetzt, wird unverändert gelassen.

Die §§ 28—35 enthalten „gemeinsame Vorschriften". Nach § 33 kann die zu entrichtende Abgabe durch Hingabe von Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihen an Zahlungsstatt erfolgen.

Auf Antrag Hermann-Württemberg (Dem.) wird dem § 39 ein Absatz hinzugefügt, der den Genossenschaften die Abstoßung von Kriegsanleihen erleichtern soll. Der Antragsteller führt aus, daß die Genossenschaften 7,2 Milliarden Kriegsanleihe gezeichnet haben, zum Teil auf behördlichen Druck und über das Maß dessen hinaus, was sie verantworten konnten. Würde ihnen nicht die Möglichkeit gegeben, die Kriegsabgabe mit Kriegsanleihe zu zahlen, wenigstens in Höhe des Gutbabens des einzelnen Genossen, so liefen sie Gefahr, eventuell ruiniert zu werden.

Reichsfinanzminister **Erzberger**: Die Regierung ist mit dem Antrag einverstanden und entschlossen, alles zu tun, um den Genossenschaften bei der Abstoßung der Kriegsanleihe zu Hilfe zu kommen.

Auch die Schlußvorschriften des Entwurfs gelangen zur Annahme.

Damit ist die zweite Lesung der Vorlage erledigt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Den Bericht erstattet Abg. Pohlmann (Dem.).

Abg. Dr. Nießer (D. Vpt.): Keine Partei und keine Fraktion im Hause wird sich der Pflicht entziehen, dem Reiche in seiner schweren Notlage das Notwendige zu geben. Lediglich darüber geht der Streit, wie weit man die Grenzen der Besteuerung mit Rücksicht auf die Fortdauer und Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft abtecken will.

§ 6 bestimmt, welche Beträge von dem zu besteuernden Vermögenszuwachs abzuziehen sind. Darunter befindet sich der Betrag einer Kapitalabfindung, die als Entschädigung für den durch Körperverletzung oder Krankheit herbeigeführten gänzlichen oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit an den Abgabepflichtigen gezahlt worden ist oder zu zahlen ist. Eine andere Bestimmung nimmt unter diese Beträge auch die auf das Einkommen entfallenden Gemeinde- und Kirchensteuern auf.

Ein Antrag Gothein (Dem.) sieht als Ergänzung der ersten Bestimmung auch den Abzug einer Summe vor, die im Todesfalle des sonst Abzugspflichtigen an die Familie gekommen ist.

Ein Antrag Wurm (U. S.) will die Bestimmung über die Kirchensteuer streichen.

Reichsfinanzminister **Erzberger**: Die Abzugsmöglichkeit bedeutet kein Vorrecht der Kirche, sondern ein solches des Steuerzahlers. Die Kirche hat ja die Steuer bereits. So wird der Streitpunkt nur verschoben.

Der Antrag Wurm (U. S.) wird abgelehnt, der § 6 mit dem Zusatz nach dem Antrag Gothein angenommen.

Die §§ 7—23 werden ohne Aussprache angenommen.

Zu § 24, wonach die Abgabe gestundet werden kann, falls ihre Einziehung mit einer besonderen Härte für den Abgabepflichtigen verbunden sein würde, wird ein Antrag Gröber (Zentr.) und Genossen angenommen, wonach der Steuerpflichtige im Falle der Versagung der Stundung die Entscheidung des Reichsfinanzhofes anrufen kann.

Zu § 32, wonach zur Vermeidung besonderer Härten Befreiung oder anderweitige Berechnung des Vermögenszuwachs bewilligt werden könne (Härteparagraph), erklärt sich auf Anregung des Abgeordneten Dernburg Reichsfinanzminister Erzberger bereit, durch die Ausführungsbestimmungen besondere Vergünstigungen für Steuerpflichtige, die im ersten Halbjahr jedes Geschäftsjahres ihre Aufsichtsräte oder ihre Gutachten einziehen, wie Aerzte, Rechtsanwälte, Direktoren, Prokuristen usw., eintreten zu lassen.

Der Rest der Vorlage wird ohne Erörterung angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 3½ Uhr nachmittags. (Anfragen, Ergänzung zum Besoldungsgesetz, Ergänzungsmaßregeln wegen Kapitalabwanderung ins Ausland, Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.)

Schluß 7 Uhr.

Nachdruck verboten.

Der Staatsanwalt

3] Roman von Artur Brausewetter.

Er küßte ihr nach alter Gewohnheit leicht die Stirn und ging seufzend davon — — —

„Mutter — arme, arme Mutter!"

Ein weicher Mädchenarm schlang sich liebkosend um den mageren Hals der kleinen Frau, und eine Hand, noch zu jugendlich geformt, um schön zu sein, streichelte die eingefallenen Wangen.

„Du hast gehorcht, Gerda?"

„Nicht alles, Mutter — aber gerade genug, um zu wissen, woran wir sind — gerade genug, Mutter!"

Die Weichheit war aus der Stimme geschwunden, es klang etwas von dem harten Akzent des Vaters in ihr wieder —

„Du wirst dich in das Unvermeidliche finden müssen, mein liebes Kind — Papa hat nun einmal eine unüberwindliche Antipathie gegen Herrn von Bolkow, besonders seitdem er Staatsanwalt geworden."

Gerda antwortete nicht — sie zuckte nur die Achseln.

„Und du weißt, daß dein Vater stets nur dein Interesse im Auge hat, daß er auch dieses Mal nur an dich denkt."

Da sah sie Gerda mit den großen fragenden Augen an.

„Das eben ist ja das Traurige, Mutter. Ich glaube nicht mehr an Papas Selbstlosigkeit, von der er so gern spricht. Ich habe das Vertrauen zu ihr verloren."

Die kleine Frau starrte ihre Tochter fassungslos an — diese Sprache hatte sie nie von ihr gehört —

„Aber was machts, daß ich darunter leide — Mutter, liebste Mutter, jetzt erst weiß ich, wie viel du gelitten hast und noch leidest."

Gerda gehörte zu jenen Mädchen, die lange Jahre in den Kinderschuhen stecken und sich wohl in ihnen fühlen und zufrieden, bis sie eines Tages die Entdeckung machen, daß sie nicht mehr passen wollen und nun abgelegt werden für alle Zeiten, zu jenen harmonischen Naturen, die mit hellem Blick und den besten Gaben beanlagt, dennoch eine schöne Zeit hindurch in beglückender Blindheit dahinwandeln können ohne Arg und Mißtrauen, bis die Binde plötzlich von den Augen fällt und der lange nicht geübte Blick nur um so sehender geworden ist. Solch ein Erwachen ist um so schmerzlicher, je tiefer beanlagt die Natur ist, der er widerfährt — aber zu ändern ist es nicht.

„Papa will von Herrn von Bolkow nichts wissen, weil er sich nicht so willenlos fügt wie die andern alle, Papa kann eben nur junge Männer ausstehen, besonders unter den Juristen, die ihn bewundern. Herrn von Bolkows sichere Art, die allein weiß, was sie will, ist nichts für Papa."

„Ich verstehe dich nicht, Gerda! Du tust deinem Vater entschieden unrecht. Er hat allein dein Wohl im Auge. Eben noch, als ich über deine Gesundheit klagte, bestimmte er, daß wir für den Sommer nach Seewald gehen sollen."

„Nach Seewald — ah nach Seewald."

Die Worte kamen so gedehnt über die Lippen, das Lächeln, das sie begleitete, war so eigentümlich —

„Also nach Seewald?"

„Ja, nach Seewald — du gingst doch sonst so gern nach Seewald."

„Ja, Mütterchen, früher, aber jetzt — sieh sieh, Papa schickt uns nach Seewald."

„Was erscheint dir daran so wunderbar?"

„Nichts, Mütterchen — ich denke nur daran, daß der blonde Gerthof, der seit April Amtsrichter in Seewald ist, immer Papas bevorzugter Liebling gewesen ist, daß er mir von dem Augenblick an, wo er meine Neigung für Herrn von Bolkow zu erkennen glaubte, immer Herrn Gerthoff als das Muster aller männlichen Tugenden vorgehalten, ja, denke dir nur an, Mütterchen, daß er ganz vor kurzem — es war am Vormittag der Uebersiedelung des Herrn Gerthoff, — so wenig vorsichtig war, mir zu gestehen, daß, wenn ich einmal absolut heiraten wollte, ich für mich und für ihn — das hob er besonders hervor — keinen geeigneteren Mann wählen könne als Herrn Gerthoff, der ihm — o, es wird immer besser, Mütterchen, — am vorhergehenden Abend sehr unverkennbare Andeutungen über seine Neigungen zu mir gemacht. Und nun gehen wir nach Seewald — für den ganzen Sommer — das ist sehr gut, Mütterchen."

„Aber Gerda!"

„Nun, dir wird die Seeluft und die Ruhe in Seewald gut tun, Mütterchen, das ist die Hauptsache, sieht du, darum freue ich mich auch, daß wir dorthin gehen und ich —"

In den ernsten Augen blitzte es auf.

„Ich muß mich jetzt fügen, ich werde es. Aber — nachgeben werde ich nicht, nachgeben nicht, Mutter — darauf verlasse dich!"

Und in der Tat — sie sah in diesem Augenblick nicht aus, als ob sie nachgeben würde.

Zweites Kapitel.

Seewald —

Es liegt an der Ostsee, deren Wogen hier mild und selten erregt seinen leuchtenden Strand, seine schönen Küsten bespülen. Bewaldete Höhenzüge umsäumen es, liebliche Täler grünen dazwischen.

Es ist kein Weltbad, dazu ist der Verkehr zu wenig international, der Komfort zu gering, aber um so verschwenderischer hat die Natur das Füllhorn ihrer Gaben auf die stille Bucht ausgegossen, in der es liegt: eine Mannigfaltigkeit der Strandpartien und Waldspaziergänge findet man hier wie kaum an einem zweiten Ort.

Es ist das Eldorado für die Bewohner der großen Handelsstadt Kronburg. Sie bringen hier fast den ganzen Sommer zu. Die Männer leben nach wie vor ihrem Beruf. Die Eisenbahn, die stündlich und noch öfter Seewald mit der nahen Stadt verbindet, ist ihre zweite Heimat geworden, die Frauen, bei den engen Räumlichkeiten nur auf ein Mädchen angewiesen, das auch die Sommerfrische genießen will, plagen sich mit Küche und Kindern von morgens früh bis zum späten Abend, weit mehr als in der Stadt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908081-12/fragment/page=0002

Ueber die Schildkröte Erzberger

Preußischer Staatsminister Dr. Helfferich heute morgen in der Kreuzzeitung:

„Herr Erzberger hat nun doch die Sprache wiedergefunden. Und den Lesern das seltene Bild des verlegenen Erzberger nicht vorzuenthalten, sei im vollen Umfang wiedergegeben, was die „besondere Seite" der Deutschen Allg. Ztg." zu sagen weiß:

„Herr Helfferich kann sich immer noch nicht von den vollendeten Tatsachen" erholen, die in Weimar aus dem Zusammenbruch der belgischen Vergangenheit gegen ihn aufgestanden sind und nicht mehr verschwinden werden. Er sucht dem Wiedergewicht dieser „vollendeten Tatsachen" sich dadurch zu entwinden, daß er seinen Gegnern „vollendete Tatsachen" zumutet.

So stellt er in Aussicht, er werde Herrn Erzberger vor dem Staatsgerichtshof darüber vernehmen lassen, warum er versucht habe, „durch die Ueberweisung des wertvollsten Erzbergwerks des Briey-Gebietes an den Thyssen-Konzern noch während des Krieges eine „vollendete Tatsache" zu schaffen." Herr Helfferich meint, um auf diese Frage eine Antwort zu erhalten, nicht erst den Staatsgerichtshof zu warten:

„Als im Sommer 1914 die Flut unserer Heeresmacht über Belgien und Nordfrankreich hinwegbrauste, hörte zunächst der Betrieb sämtlicher Kohlen- und Eisenbergwerke dort völlig auf. Die Werke kamen unter deutsche staatliche Verwaltung. Private Unternehmungen besaßen Bergwerke in Belgien und Nordfrankreich und waren durch die Stillegung und andere militärische Kriegsmaßnahmen genau so geschädigt wie die Eigentümer. In Frage kamen besonders Krupp, die Gute Hoffnungshütte und Thyssen. Durch die Besetzung von Longwy-Briey war eine Möglichkeit gegeben, den geschädigten deutschen Firmen einen annähernden Ersatz zu schaffen für den Verlust in Frankreich und Belgien. Die Förderung der Bergwerke in Longwy und Briey unter staatlicher Leitung nahm jedoch nicht in dem Maße zu, wie es für die deutsche Industrie notwendig gewesen wäre. Ueberhaupt ist die Frage, warum die Stahlproduktion Deutschlands im Vergleich zu der der übrigen kriegführenden Staaten während des Krieges so nicht zunahm, ein Punkt, über welchen eines Tages noch Aufklärung zu schaffen sein wird, wahrscheinlich nicht vor dem Staatsgerichtshof. Jedenfalls erschien es im deutschen öffentlichen Interesse liegend, aus den Werken des Longwy-Briey-Gebietes durch Privatverwaltung mehr herauszuholen. Zugleich konnten auf diese Weise die beteiligten deutschen Werke für die Verluste entschädigt werden, welche sie in Belgien und Frankreich erlitten hatten.

Aus diesem Grunde ist der damalige Abg. Erzberger für die Ueberweisung eines Erzbergwerkes des Briey-Gebietes an Thyssen zur Förderung der deutschen Eigenproduktion eingetreten, aber im grundsätzlichen Zusammenhang mit einer gleichartigen Entschädigung der anderen Beteiligten, selbstverständlich unter staatlicher Kontrolle und Entschädigung aus dem erlittenen und angemeldeten Schaden.

Herr Helfferich, der seinen Artikel überschreibt: „Das verspielte Gesicht", scheint wirklich die einfachsten Tatsachen in verspielter Beleuchtung zu sehen. Vielleicht trägt die hier gegebene Darlegung zu seiner Ernüchterung bei. In jedem Falle wird sie dem unvoreingenommenen Leser von neuem beweisen, mit welch verwerflichen Mitteln der öffentliche Kampf gegen den derzeitigen Reichsfinanzminister geführt wird.

Herr Erzberger befolgt seine alte Hasenktaktik, Haken schlagen und auf Dinge zu springen, die gar nichts mit der Sache zu tun haben. Es handelt sich nicht um den Sommer 1914, sondern um die Zeit meiner Verwaltung des Reichsamts des Innern, die im Juni 1916 begann; es handelt sich auch weder um Krupp und die Gute Hoffnungshütte, noch lediglich um die Ausbeutung der Briey-Gruben während des Krieges und die Gestaltung der deutschen Stahlproduktion, sondern einfach um die Tatsache, daß Herr Erzberger in seiner Doppeleigenschaft als Abgeordneter und Aufsichtsrat im Thyssenkonzern der Reichsregierung die unkeusche Zumutung gestellt hat, durch Ueberweisung der wertvollsten Erzgrube des Briey-Gebietes an den Thyssen-Konzern noch während des Krieges eine „vollendete Tatsache" zu schaffen und dadurch

1. das später von Herrn Erzberger so angstlich behütete Völkerrecht zu verletzen, das die Liquidation französischen Eigentums auf französischem Gebiete nicht gestattete;

2. das von ihm vertretene Privatunternehmen zu lasten der deutschen Gesamtindustrie durch eine vorweg erfolgende Ueberweisung der wertvollsten Briey-Grube zu bevorzugen;

3. das von ihm vertretene Privatunternehmen durch eine vorweg erfolgende Entschädigung für seine in Frankreich erlittenen Schäden zu bevorzugen auch gegenüber der Gesamtheit der geschädigten Auslandsdeutschen, und zwar im Wege einer Schmälerung der für deren Entschädigung eventuell verfügbaren Ersatzpfänder.

Die Vorsicht, mit der Herr Erzberger diese springenden Punkte umgeht, beweist lediglich sein schlechtes Gewissen. Sollte ausnahmsweise Gedächtnisschwäche vorliegen, so bin ich zu weiterer Nachhilfe gern bereit.

Erzbergers persönliche Gefangenenbriefe

Viele Dutzende!

Wie es vorauszusehen war, sucht Herr Erzberger durch einen recht als alltäglich-plumpen Weg sein Gefälligkeitsschreiben an sich, das, wie selbst der „Vorwärts" zugesteht, den Menschen Erzberger belastet, zu rechtfertigen. Es geschieht das in folgender Weise:

Weimar, 6. August. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Die „Tägliche Rundschau" veröffentlicht unter dem Titel „Ein interessantes Dokument" an der Spitze des Blattes einen Brief des Reichsministers Erzberger an Marschall Foch, in welchem der Minister den Marschall um die Freilassung eines Kriegsgefangenen bittet. Es handelt sich wirklich um ein „interessantes" Dokument, wenn man folgendes bedenkt:

Seit Wochen führen die Blätter der Rechten, an ihrer Spitze die „Tägliche Rundschau", eine fanatische Hetze persönlicher Art gegen den Reichsminister Erzberger, indem sie als einen ihrer Haupttrümpfe die angebliche Gleichgültigkeit der Regierung gegen unsere Kriegsgefangenen ausspielen. (Das ist nicht wahr. Die Schriftl.)

Hat sich doch sogar eine so ernste, mit Recht geschätzte Schriftstellerin wie Marie Diers, in der „Täglichen Rundschau" am 31. Juli zu der ungeheuerlichen Beschuldigung hinreißen lassen: „Der Verdacht steigt auf, daß die Regierung die Gefangenen gar nicht zurückhaben will" und sagt sie doch elegt heraus, daß insbesondere dem Minister Erzberger absolut nichts an dem Schicksal der Gefangenen gelegen sei.

Nun gelangt die „Tägliche Rundschau", wenn auch offenbar nur durch Entwendung oder Vertrauensbruch, (Erzberger denkt da gewiß an seinen eigenen Prozeß, in welchem das Gericht es ablehnte, ihn zu verteidigen. Die Red.), in den Besitz eines Schreibens, aus welchem klar hervorgeht, daß dem Minister Erzberger das Schicksal der Gefangenen nicht gleichgültig ist. Anstatt das zu bedauern und einzugestehen, macht sie dem Minister Erzberger aus diesem Schreiben einen Vorwurf, ja sie unterstellt sogar, Minister Erzberger habe Marschall Foch irgendwelche politische Dankbarkeit für die Bewilligung seiner Bitte in Aussicht gestellt, während es sich doch nur um einen Brief von Mensch zu Mensch gehandelt hat. Nicht einen solchen Brief, sondern Dutzende persönlicher Bitten um Freilassung von Kriegsgefangenen hat Minister Erzberger an Marschall Foch gerichtet. Er tat das in solchen Fällen, wo der amtliche Weg eine zu späte Entscheidung gebracht hätte, also z. B. in Fällen schwerer Krankheiten, oder wenn Vater oder Mutter oder Frau auf dem Totenbette ihren kriegsgefangenen Angehörigen zum letzten Mal die Hand drücken wollten.

Dazu bemerkt mit Recht die „D. T.": Es steht trotz des langen Geredes nicht zur Diskussion, ob und was Herr Erzberger für die Kriegsgefangenen getan hat, sondern es steht zur Diskussion, daß Herr Erzberger durch seinen Brief an den Generalissimus Foch einen Spezialwunsch erfüllt sehen wollte. Und es steht fest, daß Herr Erzberger, wenn sein Brief an Foch wirklich so selbstverständlich gewesen wäre, nicht geschwiegen, sondern wahrscheinlich der deutschen Oeffentlichkeit zu suggerieren versucht hätte, daß er sich im Interesse der Kriegsgefangenen sogar der eigenen Würde begebe. Wir richten nun nochmals offen die Frage an die Regierung: was sie zu den englischen Behauptungen, denn um solche handelt es sich, und nicht um Angriffe aus rechtsstehenden Blättern — um Schreiben von Kriegsgefangenen Landes es sich, und nicht um Auslassungen von Marie Diers und anderen deutschen Schriftstellerinnen —, wir fragen also, was die Regierung zu den englischen Behauptungen sagt, zu den Behauptungen englischer Lagerkommandanten, zu den Befehlen, die offenbar von der englischen Regierung zur Weitergabe an die deutschen Kriegsgefangenen veranlaßt worden sind, zu Befehlen, in denen klipp und klar steht, daß die deutsche Regierung sich nicht um die deutschen Kriegsgefangenen kümmert. Ekelhaft ist es, unter diesen Umständen noch den Menschenfreund zu mimen auf Kosten der gesamten deutschen Kriegsgefangenen, statt sich zu den wirklichen Beschuldigungen zu äußern. Darüber verlangt die deutsche Oeffentlichkeit Antwort und nicht darüber, ob diejenigen Kriegsgefangenen, für die Herr Erzberger seine Gefälligkeiten übrig hatte, zufällig krank gewesen sind. Um die deutschen Verhältnisse handelt es sich, und nicht um längst Zurückliegendes!

Selbstbestimmungsrecht?

Der Friedensvertrag ist angenommen. Der Schmerz, die Entrüstung, die Sorge haben ihren mehr oder weniger lebhaften Ausdruck gefunden und sind wieder verstummt. Die meisten haben den Vertrag selbst überhaupt nicht gelesen. Wohl den wenigsten ist es bekannt, daß unter seinen Bedingungen eine ist von so schreiender Ungerechtigkeit, wenn sie auch nur ein kleines Gebiet betrifft, daß unbedingt versucht werden muß, noch in letzter Stunde eine Abänderung herbeizuführen. Es handelt sich um die Abtretung der Kreise Eupen und Malmedy, die durch den Friedensvertrag Belgien zugesprochen werden.

Jedem nach Belgien Fahrenden hat wohl dieses blühende Land mit seinen sauberen grauen Steinhäusern, schönen Wäldern und saftigen Wiesen einen freundlichen Eindruck hinterlassen. Man lasse sich nicht durch französischen Klang des Namens Malmedy zu dem Glauben verleiten, es handelt sich um wallonisches Gebiet. Das Land ist in der Mehrzahl von Deutschen bewohnt und selbst die wallonische Minderheit, die hauptsächlich aus Arbeitern besteht, würde gern bei Deutschland bleiben, wenn nicht der Versailler Vertrag willkürlich über ihr Schicksal verfügte.

Allerdings ist auch hier eine Abstimmung vorgesehen. Aber, welcher Hohn! Nur in den beiden Städtchen der gleichnamigen Kreise liegen offene Listen, wo unter Augen des belgischen Befehlshabers die Gegner einer Angliederung an Belgien sich eintragen sollen. Das Land ist hauptsächlich von Kleinbauern besiedelt. Nun stelle man sich den Bauern vor, der anspannen läßt und zwei Stunden über Land fährt, um angesichts des gefürchteten Belgiers, der wahrscheinlich seine wirtschaftliche Zukunft in Händen hält, eine Stimme für Deutschland abzugeben! Mit welcher Aussicht? Das Ergebnis der Abstimmung soll die belgische Regierung dem Völkerbund mitteilen, der dann über die Zugehörigkeit der Kreise bestimmen wird (§ 34 des Friedensvertrages). Und gleich darauf wird in Artikel 37 die Frage des Optionsrechtes für Deutschland geregelt. Mit der Möglichkeit, daß die Kreise Deutschland zugesprochen werden könnten, rechnet man erst gar nicht.

Und doch steht es zweifelsfrei fest, daß eine Abstimmung, wenn sie gerecht, d. h. geheim und gemeindeweise vorgenommen werden würde, mit überwiegender Mehrheit für Deutschland ausfallen würde. Warum scheuen sich denn die Belgier, eine solche wirkliche Volksabstimmung durchzuführen? Natürlich, weil sie so gut wie wir das Ergebnis im voraus kennen! Sie wollen eben gegen den Willen der Bevölkerung die Annexion durchdrücken. Wer sich dann nicht fügen will, wird Haus und Hof verlassen müssen, und sich in Deutschland sein Unterkommen suchen.

Ein solches Vorgehen steht selbst in diesem Friedensvertrage ohne Beispiel da. In Schleswig, Ost- und Westpreußen, Oberschlesien und im Saarbecken hat die Bevölkerung das Recht, in freier, geheimer Abstimmung über das Schicksal ihrer engeren Heimat zu entscheiden. Dies Recht muß auch den Bewohnern von Eupen und Malmedy zuerkannt werden. Es müssen sich Mittel und Wege finden lassen, eine solche Ungerechtigkeit zu verhindern. Dazu ist vor allem nötig, daß weitere Kreise des In- und Auslandes auf sie aufmerksam werden. Darum Deutsche, vergeßt Eure Brüder an der belgischen Grenze nicht; helft ihnen, tretet für ihre Rechte ein, ruft die Presse, auch die des Auslandes an! Kämpft gegen die willkürliche Macht- und Vergewaltigungspolitik, die jene ihrer deutschen Heimat berauben will.

Malmedy in belgischem Besitz

Brüssel, 7. August.

Der „Soir" teilt mit, daß das Ministerium des Auswärtigen heute ein Telegramm von Foch erhalten hat, worin Belgien eingeladen wird, das Gebiet von Malmedy, das durch den Friedensvertrag dem belgischen Gebiet angefügt wurde, militärisch zu besetzen und in Verwaltung zu nehmen.

„H.J." Sportberichte

Spielvereinigung Fürth gegen Sportverein 98

Der Deutsche Meister (Spielvereinigung Fürth) wird gegen den Sportverein 98 am morgigen Sonnabend mit folgender Mannschaft antreten: Polenski, Ammerbacher, Wellhöfer, Löblein, Burger, Willnecker, Hagen, Sutor, Schnürle, Franz, Henneberger. Die Mannschaft hat erneut ihre Spielstärke am Mittwoch, dem 28. Juli 1919 gegen den ungarischen Fußballmeister M. T. K.-Budapest bewiesen, gegen den sie nur mit 3:1 verlor. Es ist dies das beste diesjährige Resultat einer deutschen Mannschaft gegen die wunderbar spielenden Ungarn, die u. a. folgende, weitere erzielten: Ungarn gegen 1. F. C. Nürnberg 3:0, Ungarn gegen Bayern, München 7:1, Ungarn gegen Kickers, Stuttgart 5:1. Das Resultat gegen Fürth konnte Ungarn aber auch nur erzielen, nachdem aus der obigen Mannschaft Sutor, Willnecker und Ammerbacher verletzt und somit an der vollen Entfaltung ihrer Kräfte verhindert waren. Weitere nachstehenden Resultate sprechen ferner für die Spielstärkstelt der Deutschen Meisterschaft: Spielvereinigung Fürth gegen 1. Fußball-Club Nürnberg 1:1, 1:2, 4:2, Spielvereinigung Fürth gegen M. T. K. Fürth 7:0, 5:2, Spielvereinigung Fürth gegen Franken, Fürth 10:0, 15:2, Spielvereinigung Fürth gegen Pfeil, Nürnberg 6:0, 2:0, Spielvereinigung Fürth gegen Union, Stuttgart 6:2, Spielvereinigung Fürth gegen M. T. V. München 4:0, Spielvereinigung Fürth gegen Amicitia-Frankfurt 10:0, Spielvereinigung Fürth gegen Berliner Städteelf 3:3, Spielvereinigung Fürth gegen V. f. B. Nürnberg 2:1, Spielvereinigung Fürth gegen Ballspiel-Club Nürnberg 8:1.

Um Zweifeln vorzubeugen, sei nochmals betont, daß die Mannschaft nur aus Ligaspielern besteht und keinen Ersatz aus der Reservemannschaft hat. Die Spieler sind sämtlich von einem Berufslehrer ausgebildet und spielen seit Jahren in der Mannschaft. Besonders hervorzuheben ist die unbeugsame Energie, die kein Spiel vor dem Schlußpfiff verloren gibt. Es sei nur an dieser Stelle an das Spiel Nordddeutschland-Süddeutschland im Stadion in Berlin erinnert, in der die Süddeutschen 4 Tore aufholten und nur knapp mit 5:4 verloren. Die Süddeutsche Elf besteht zum größten Teil aus Fürther Spielern. Der Torwart Polenski hütet schon seit langem das Heiligtum des Deutschen Meisters. Die Verteidigung verfügt über einen glänzenden Stoß und gute Balltechnik; die Läuferreihe besitzt in dem Internationalen Burger ihre Stütze, doch stehen ihm die Außenläufer nichts nach, sie sind sämtlich äußerst schnell, zähe und im Ballabnehmen hervorragend. Die Stürmerreihe schließt sich dem Ganzen würdig an, verfügt über gute Kombination, Schnelligkeit und guten Torschuß. Ohne Zweifel muß man dem Deutschen Meister die größten Siegesaussichten zusprechen; mögen sich unsere 98er tüchtig anstrengen, um ehrenvoll abzuschneiden.

Für den zu erwartenden Massenbesuch sind Extrawagen der elektrischen Bahn beantragt, so daß auch hierin den Anforderungen des Publikums nach Möglichkeit Rechnung getragen ist. Das Spiel beginnt pünktlich um 6 Uhr auf dem Sportplatz am Zoo.

Pferderennen in Hannover

(Eigener Drahtbericht der „D. Z.")

Donnerstag, den 7. August, nachmittags 3 Uhr.

1. Finis-Rennen. 12 000 Mark, 1000 Meter. 1. Czardas Fürstin und Henriflus, 3. Palme. Toto für Sieg: 10 und 23. Die Plätze: 14, 17. Ferner liefen: Faschingsfee, Armin, Götz von Berlichingen.

2. Preis von Remlin. 12 000 Mark, 1400 Meter. 1. Indling, 2. Elektor, 3. Hexenkind. Toto für Sieg: 30. Die Plätze: 15, 23, 43. Ferner liefen: Bergfried, Mischief, Paganini, Trotz, Sperrfeuer, Alta.

3. Großes Hürdenrennen. 25 000 Mark, 4000 Meter. 1. Harlekin, 2. Mantel, 3. Wellenbrecher. Toto für Sieg: 53. Die Plätze: 19, 36, 13. Ferner liefen: Sonntagsmädel, Timok, Ziganka, Königstein, Okala, Kaneka.

4. Großer Preis von Hannover. Ehrenpreis und 64 500 Mark, 2400 Meter. 1. Traum, 2. Primus, 3. Feldherr 2. Toto für Sieg: 34. Die Plätze: 18, 21. Ferner liefen: Marmor, Feuerbach.

5. Harzburg-Rennen. 13 000 Mark, 1200 Meter. 1. Wellenschaum, 2. Bogarmo, 3. Hinboge. Toto für Sieg: 195. Die Plätze: 25, 13, 12. Ferner liefen: Siegbert, Pollenberg, Antilope, Fischerin, Heiderose.

6. Orakel. 30 000 Mark, 3000 Meter. 1. Grodno, 2. Alhani, 3. Dronning Wilhelmina. Toto für Sieg: 104. Die Plätze: 28, 19, 46. Ferner liefen: Paranga, Lilienstein, Radom, Oneida, Medelin, Königin von Saba, Panzer, Winterfact, Fliegling Light, Resi.

7. Hannoversches Pferd. Ehrenpreis und 13 000 Mark, 1200 Meter. 1. Abteilung: 1. Aar, 2. Eiffelturm, 3. Heimchen. Toto für Sieg: 24. Die Plätze: 14, 20, 48. Ferner liefen: Despotin, Justament, Gletscher, Majoratsherr, Feinschechen, Schmuck. — 2. Abteilung: 1. Ottomane, 2. Orkeus, 3. Halt. Toto für Sieg: 21. Die Plätze: 18, 24, 21. Ferner liefen: Elsaß, Gemsjäger, Turban, Toska 2, Mordonius, Düna, Dualla, Hoern.

8. Abschiedsjagdrennen. 9000 Mark, 3200 Meter. 1. Arkansas, 2. Balkan, 3. Wildskape. Toto für Sieg: 109. Die Plätze: 16, 12, 15. Ferner liefen: Wotan, Parma, Sidam, Merkur, Fortuna 2, Fliegender Aar, Balkan, Caracolla.

*

— **Der Hallesche Schwimmverein von 1902** hat für seine Mitglieder ein 1300 Meter-Wettschwimmen ausgeschrieben, das am Sonntag vormittag 10 Uhr von der Rabeninsel nach der E. Hoffmannschen Badeanstalt stattfinden wird. Das Ergebnis der Meldungen hat unter dem Einfluß der kühlen Witterung gelitten. Immerhin werden sich eine stattliche Anzahl Herren, Jugend- und Damenmitglieder den Starter stellen.

— **Drohender Zwist in der Berliner Leichtathletik.** Die dem Berliner Verbande angehörigen Turnvereine haben zu dem am Sonntag zum Austrag gelangenden Berliner Meisterschaften keine Meldung abgegeben. Die Turner sind mit dem Vorstand des Verbandes nicht zufrieden und fordern dessen Neubesetzung. Eine weitere Forderung geht dahin, den Berliner Sportklub wegen der bekannten Spielsäfäre bis 1921 zu disqualifizieren.

— **Rekordversuche in München.** Der Turn- und Sportverein 1860 beabsichtigt, im Laufe des Monats einen Rekordabend zu veranstalten, an dem die Münchener versuchen werden, einige der deutschen Rekorde zu verbessern. Die Münchener haben vor, anzugreifen: 300 Meter-Lauf, 10×100 Meter-Staffel, 4×400 Meter-Staffel, olympische Staffel, Steinstoßen, Stabhochsprung und Weitsprung.

Sport und Politik. Das Beispiel der Dänen, die auf Befehl aus England bereits aufgenommene Verbindungen mit deutschen Vereinen wieder abbrachen, steht leider nicht einzig da. Wie aus München gemeldet wird, hat die Schweizer Sportbehörde ein Verbot zur Teilnahme an deutschen Festen erlassen, da Frankreich mit dem Boykott droht. Allerdings kann das Verbot des Schweizer Verbandes dadurch umgangen werden, daß dieser seinen Vereinen anheimgestellt hat, deutsche Sportfeste ohne seine Genehmigung zu besuchen. — Recht schmerzlich berührt auch das Vorgehen des Holländischen Fußballbundes, der eine Anzahl Spieler, die an einer Deutschlandsreise beteiligt waren, bestrafte. Disqualifiziert wurde das Vorstandsmitglied eines Fußballvereins, der Beziehungen zu deutschen Vereinen angeknüpft hatte. Es scheint demnach, daß nur einige wenige Führer der Sportbewegung in ihrer Angst dem Drängen der Entente nachgeben, während die neutralen Sportsleute im allgemeinen genau wissen, daß Politik und Sport nichts miteinander gemein haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908081-12/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 8 August.

Tumultschäden

Am 30. Juli hat im neuen Gesellschaftshause in Berlin unter zahlreicher Beteiligung von Interessenten eine öffentliche Versammlung stattgefunden, um zu dem von der Reichsregierung der Nationalversammlung in Weimar vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden Stellung zu nehmen. Die Versammlung hat einstimmig beschlossen, gegen diesen Entwurf energisch Protest zu erheben. Sie erblickt in dem Entwurf eine schwere Verletzung anerkannter Rechtsgrundsätze, insbesondere des Grundsatzes des gleichen Rechts für alle und der Unverletzlichkeit wohlerworbener Rechte.

Sie fordert daher:

1. die Streichung des § 11 des Entwurfs, durch welchen den Geschädigten der Anspruch auf Ersatz der seit dem 1. Nov. 1918 entstandenen Tumultschäden genommen werden soll;
2. die Streichung des § 2 Abs. 1 des Entwurfs, der den Ersatzanspruch nur dann gewähren will, wenn das wirtschaftliche Bestehen des Geschädigten durch den entstandenen Schaden gefährdet ist;
3. die Abänderung der §§ 3 und 4 des Entwurfs, soweit sie durch die Bezugnahme auf die Kriegsschädengesetze und die Militärversorgungsgesetze und die Berücksichtigung der dem Geschädigten sonst zur Verfügung stehenden Mittel eine Entschädigung gewähren wollen, die hinter dem tatsächlich zugefügten Sach- und Personenschaden zurückbleibt;
4. eine ausreichende Gewähr für die tatsächliche Feststellung der Ersatzansprüche durch Einschalten einer zweiten Tatsacheninstanz in das Beschwerdeverfahren.

Im Anschluß an die Protestversammlung hat sich unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Fabisch ein „Bund Tumultgeschädigter und Tumultgefährdeter Groß-Berlin" gebildet, der seine Geschäftsstelle bei Rechtsanwalt Ollan, Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 119 ptr. rechts (Nützow 6403) hat. Weitere Beitrittserklärungen sind dorthin zu richten. Gleichzeitig hat der Bund dort eine Zentralstelle für alle außerhalb Berlins wohnenden Tumultgeschädigten und Tumultgefährdeten in Deutschland eingerichtet, dem sich die anschließen sollen, welche die Bestrebungen des Berliner Bundes unterstützen wollen. Insbesondere werden auch bestehende Vereine aufgefordert, ihre Adresse dorthin anzugeben.

— **Für unsere Kriegsblinden** wird von der Fürsorge unserer Provinz viel getan. Immerhin aber gibt es einzelne Fälle, die so große Zuschüsse fordern, daß die Mittel der Fürsorge, ohne gegen andere Kriegsbeschädigte ungerecht zu sein, nicht ausreichen. So z. B. befindet sich in einem Orte unserer Provinz ein Kriegsblinder, der nicht nur das Augenlicht auf beiden Seiten dem Vaterlande geopfert, sondern auch noch einen schweren Nervenschock davongetragen hat. Dieser Kriegsblinde hat sich ein Häuschen erworben, dessen Umbau auf 7000 Mark veranschlagt ist. Er wird jedenfalls unter den heutigen Verhältnissen mindestens 8000 Mark kosten. Für diesen Zweck sind aber bis jetzt nur 2000 Mark vorhanden. Darum wendet sich der Vorstand des Hilfsvereins für Blinde in der Provinz Sachsen und in Anhalt an die Mitbürger der Provinz Sachsen mit der Bitte, zu dem Hausbau dieses Unglücklichen eine Spende zu geben an die Geschäftsstelle des Hilfsvereins für Blinde, Halle-Saale, Bugenhagenstraße 30.

— **Die in Polen internierten evangelischen Pfarrer** sind, wie uns aus Weimar gemeldet wird, gleich den anderen Internierten wieder freigegeben worden, so daß jetzt kein evang. Pfarrer mehr in Polen interniert ist.

— **„Gedenke, daß Du ein Deutscher bist!"** Unter diesem Leitmotiv veröffentlicht Major Müller-Loebnitz einen Aufruf an alle vaterländisch gesinnten deutschen Männer und Frauen zur sittlichen Erneuerung des einzelnen und des ganzen Volkes, aus der allein ein neuer Aufstieg unseres Volkes erwachsen kann. Er fordert unermüdliche Haltung im nationalen Unglück, Abkehr von der Ausländerei und Zusammenschluß zu einem über allen Parteien stehenden Nationalbund, der „bei allen nationalen Fragen auf den Plan tritt, als treuer Eckard in jeder Not und Gefahr" und möglichst alle nationalen Vereine in sich vereinigt. — Zustimmungserklärungen, Anregungen und Geldspenden werden erbeten an die Geschäftsstelle des Deutschen Nationalbundes, Berlin W. 62, Kurfürstenstraße 125. Ebendaher können Abdrucke des Aufrufs kostenlos bezogen werden.

Provinz Sachsen

Die erste Sitzung des Thüringer Gesamtparlaments

Weimar, 6. August.

Der Volksrat für Thüringen trat heute hier im Landtagssitzungssaal zum erstenmal zu einer Beratung zusammen. Die Versammlung war zur Klärung der Thüringer Frage vom Präsidenten Leber einberufen worden, der auch zum Vorsitzenden des Volksrates gewählt wurde. Die umfangreiche Debatte, die am Vormittag 11 Uhr begann und am Nachmittag fortgesetzt wurde, betraf die bisherigen Abmachungen mit Preußen. Die preußische Regierung hat, wie schon in der Nationalversammlung erklärt wurde, den bisherigen ablehnenden Standpunkt aufgegeben und sich zur Abtretung gewisser preußischer Gebietsteile bereit erklärt. Ferner wurde die Haltung Koburgs und Meiningens besprochen, wobei von den Vertretern Meiningens bestimmte Zusagen gegeben wurden, nunmehr vorbehaltlos dem Thüringer Gemeinschaftsvertrag zuzustimmen. In Koburg wird die Entscheidung über den Anschluß an Thüringen nach wie vor von der Volksabstimmung abhängen. Es wurde ein Nachtrag zum Gemeinschaftsvertrag beschlossen und eine Resolution angenommen des Inhalts, daß die Schaffung des Staates Thüringen nach Möglichkeit beschleunigt werden soll.

*

Man hört in Thüringen hin und wieder, daß Preußen Jahrzehnte hindurch aus den durch Thüringen geführten Eisenbahnlinien „riesige" Reinüberschüsse herausgezogen habe, die, ausgerechnet nach dem Kilometerertrag der gesamten preußischen Eisenbahnlinien, im Jahre etwa 10 Millionen Mark betragen haben sollen. Da es sich danach um recht erhebliche Beträge handelt, dürfte eine nähere Prüfung, ob wirklich Thüringen ein so schlechtes Geschäft zugunsten Preußens gemacht habe, durchaus am Platze sein. Die Untersuchung ergibt nun, daß die aufgestellte Behauptung nicht zutrifft. Wie nämlich von zuständiger Stelle hierzu mitgeteilt wird, rentiert sich als einzige Bahn nur die große Durchgangsstrecke Halle—Gebra. Auch der Betrieb der bei den südlich mitteldeutsche Braunkohlengebiet durchschneidenden Strecke Weißenfels—Gera dürfte noch lohnend sein. Was aber die übrigen verstaatlichten Bahnen betrifft, so geben diese keine Ueberschüsse. Als sie seinerzeit Preußen übernahm, bezahlte es dafür eine recht stattliche Summe. Es mußte nun aber noch, da diese Bahnen in den letzten Jahren vor Verkaufsabschluß mangelhaft unterhalten waren, nach der Uebernahme eine Menge Geld hineinstecken. Die in den letzten fünfzehn Jahren in Thüringen gebauten Bahnen arbeiten zu einem großen Teile mit Unterbilanz. Eine Rentabilität kann man ja auch bei den recht kostspieligen Bauten in dem bergigen Gelände Thüringens kaum erwarten. Aus alledem geht hervor, daß das Anlagekapital in den thüringischen Bahnen recht erheblich ist und den Durchschnitt im preußischen Gebiet nicht unbedeutend überschreitet.

Seit den Kriegsjahren, und namentlich seit 1918, arbeiten sämtliche Bahnen, einschließlich derjenigen, die sich vorher rentierten, mit ganz beträchtlichen Mindererträgnissen. Soll Preußen diese allein decken? Wie steht es mit etwaigen Nachzahlungen seitens Thüringens, für die auf seinem Gebiet befindlichen Bahnen, die doch diesem Lande zugute gekommen sind? Jetzt müssen die Fehlbeträge die preußischen Steuerzahler allein aus ihrer Tasche bezahlen.

Weiter ist auch noch folgendes zu beachten. Wäre die Verstaatlichung durch den Ankauf seitens Preußens nicht erfolgt, wären also die Thüringer Bahnen noch im Besitz von Privatgesellschaften, so würden die thüringischen Staaten an den Ueberschüssen nur durch Steuereinnahmen profitiert haben. Diese erholten sie eher auch jetzt in demselben Umfange, da ja die preußischen Bahnen genau so gut Steuern entrichten müssen, wie jedweder private Betrieb.

*

t. **Quedlinburg**, 7. August. (Entfernung der Gerstenberg-Truppen.) In Angelegenheiten der Reibereien zwischen Militär und Einwohnerschaft fand im Stadtverordnetensaale eine vom Magistrat einberufene wichtige vierstündige Besprechung zwischen Vertretern der Beamten, der Gewerkschaften und Parteien einerseits sowie dem General Röder von der Reichswehrbrigade aus Magdeburg und dem hiesigen Regimentskommandeur Oberst von Blomberg andererseits statt. Bürgermeister Boosly gab die Zusammenstöße, die durch das provozierende Verhalten der Gerstenberg-Truppen schon am Eingangstage entstanden sind, sowie den Antrag der Gewerkschaften an den Magistrat bekannt, in dem die Zurücknahme der Truppe aus Quedlinburg gefordert wird, andernfalls niemals wieder Ruhe und Ordnung eintreten dürften und der Generalstreik schon beschlossene Sache sei. Der Magistrat schließt sich diesem Standpunkt an und tritt gleichfalls für Beseitigung der genannten Truppen ein. Nach einer Ansprache des Stadtbaurats Voß, ob sich dann wenigstens nicht der Austausch mit einer anderen Truppe ermöglichen lasse, wurde beschlossen, sofort eine städtische Kommission mit der Forderung zum Reichswehrminister zu entsenden, die Gerstenbergtruppen ganz zurückzuziehen oder mit einer anderen Truppe zu tauschen. Oberst von Blomberg wurde von allen Seiten in außergewöhnlich heftiger Weise angegriffen, ebenso General Röder.

— **Dessau**, 7. August. (Streikmüde.) Der Streik in der anhaltischen Kali-Industrie flaut ab. Der größte Betrieb Anhalts, die Solvaywerke, haben bereits die Arbeit wieder aufgenommen. Die staatlichen Werke dürften folgen.

— **Jena**, 7. Aug. (Ernannt) wurde Professor Dr. Hermann Nohl von der Universität Jena zum außerordentlichen Professor der Philosophie an der Göttinger Universität. Dr. Nohl ist erster Schriftführer des Arbeitsausschusses der Volkshochschule Thüringen.

— **Eisenach**, 7. August. (Wegen Mordes zum Tode verurteilt.) Das Kriegsgericht verurteilte die Tagelöhner Spengler und Wendte wegen Mordes der Windmüllerstochter Schmidt in Scherzbe zum Tode.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Geldmarkt und Banken

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt. (Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern in Dortmund.) Die Geschäftstätigkeit auf dem rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte hat in der vergangenen Woche an Umfang abgenommen. Der neuerliche scharfe Rückgang der Reichsmark im Auslande, der auf die großen Börsen einen bestimmenden Einfluß ausübte, mahnte auch hier zur Zurückhaltung. Die Grundstimmung blieb jedoch durchaus fest, und auf ermäßigter Grundlage stellten sich für die meisten Werte wieder Käufer ein. Im weiteren Verlauf der Woche trat dann sowohl für Kohlen als auch für Kaliwerte wieder verstärkte Nachfrage hervor, so daß die meisten Werte ihren Preisstand wieder aufbessern konnten. Am Markte der Kohlenwerte regte die Nachricht an, daß die Regierung entschlossen sei, energische Maßnahmen zur Steigerung der Kohlenförderung zu ergreifen. Von einer Durchführung der in Aussicht genommenen Maßnahmen erwartet man für die beteiligten Werke wesentliche Vorteile. Diese Erwägungen führten in der zweiten Hälfte der Woche zu Meinungskäufen. Besonders bevorzugt waren wiederum Graf Schwerin, die mit einer Kurssteigerung von ca. 2000 Mk. einen neuen Höchststand erreichten. Lebhaftes Interesse bestand fernerhin für Konstantin der Große, König Ludwig, Helene u. Amalie und Langenbrahm, die zu stark gebesserten Preisen umgesetzt wurden. Von mittleren Werten hielt die Kaufneigung für Trier und Hermann 1—3 an, die bei größeren Umsätzen um ca. 2—300 Mk. anziehen konnten. Von kleineren Werten wurden Trappe zu steigenden Preisen aus dem Markte genommen und bereits die Woche mit einem Kursgewinn von ca. 300 Mark. Rinkerhenische Werte standen in guter Nachfrage. Mörs und Wilhelmine Mewissen gewannen einige hundert Mark, während Diergardt unterschreit blieben. Für Braunkohlenwerte hat das Interesse wieder nachgelassen. Schallmauer, Oskarssegen und Zukunftsaktien wechselten zu leicht ermäßigten Preisen ihre Besitzer. Am Kalimarkte zeigte sich zunächst größere Zurückhaltung. Als dann im Laufe der Woche die Annahme der Preiserhöhungen, die 55—60 Prozent betragen, bekannt wurden, trat wieder erneute Kauflust hervor, die zu einer Befestigung auf der ganzen Linie führte. Bei Schluß des Berichtes hielt die Nachfrage in verstärktem Maße an. Von schweren Werten trat besonders lebhafte Nachfrage für Glückauf-Sondershausen und Kaiserroda hervor, von denen erstere ca. 1000 Mk., letztere ca. 600 Mk. gewinnen konnten. Zu schwankenden Preisen wurden Hiedigenroda, Wilhelmshall, Hansa Silberberg, Neustaßfurt, Einigkeit und Volkenroda gehandelt. Höher bezahlt wurden Siegfried I, Hope, Felsenfest und Hüpstedt. Die kleineren Werte zeigten nicht einheitliche Haltung. Im Angebot lagen Walter und Irmgard auf Nachrichten einer beabsichtigten Zubußeeinziehung. Dagegen machte sich lebhaftes Kaufinteresse für Hermann II bemerkbar, die bei knappem Angebot ihren Kursstand um ca. 600 Mk. aufbessern konnten. Ferner war größere Kaufneigung für Carlsball vorhanden, die gleichfalls um 800 Mk. anziehen konnten. Bemerkenswert ist noch die Nachfrage nach den Werten des Gumpelkongerns, die in der Berichtswoche unverändert anhielt und zu weiteren Kurserhöhungen für die einschlägigen Werte führte. Gegen Schluß der Berichtswoche lebte das Interesse für elsässische Werte wieder auf, die um einige hundert Mark höher gefragt blieben. Kaliaktien waren bei geringen Umsätzen kaum verändert.

Die **Markvaluta** notierte in Amsterdam 15,15 (Vortag: 15,35), in Wien 245¼ G. (245½).

Eine Auslandsanleihe der Stadt Frankfurt a. M. Ein Konsortium, bestehend aus dem Bankhause Mendelssohn & Co., der Berliner Handels-Gesellschaft in Berlin, dem Bankhause Warburg Speyer-Giffen und Jacob S. H. Stern in Frankfurt a. M. hat von der Stadt Frankfurt a. M. zehn Millionen Mark fünfprozentige Frankfurter Stadtanleihe, rückzahlbar nach zehn Jahren — übernommen. Die Anleihe ist bestimmt, ausschließlich im Auslande begeben zu werden.

Industrie, Handel, Handwerk

Eine Kohlenlieferungsklage gegen die Merseben-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. Die Kursächsische Braunkohlen-Gesellschaft und Kraft-G. m. b. H. strengte gegen die Merseben-Weißenfelser Braunkohlen-Akt.-Ges. Klage auf Erfüllung des mit der früheren Merseben-Weißenfelser Bergbau-A.-G. abgeschlossenen Kohlenlieferungsvertrages an. Der erste Termin in der Sache steht am 26. September vor dem Halleschen Landgericht an.

Wagner & Moras Akt.-Ges. (Weberei) in Zittau. Die Verwaltung beantragt eine Erhöhung des Grundkapitals um 1 Million Mark auf 4 Millionen Mark und gleichzeitig eine Aufnahme einer Hypothekaranleihe in Höhe von 2 Millionen Mark.

Einschränkung des Kohlenverbrauchs der Hüttenzechen. Die Verhandlungen des Reichskohlenkommissars mit den Hüttenzechen haben dazu geführt, daß diese sich mit einer Einschränkung ihrer Verbrauchsbeteiligung um 15 Prozent einverstanden erklärt haben. Man hoffe dadurch, monatlich 200 000 Tonnen Brennstoff für den allgemeinen Verbrauch zumachen, falls die Verkehrseinrichtungen deren Versand ermöglichen.

Der internationale Handel in Danzig. Unser Danziger Mitarbeiter meldet uns drahtlich: Die Aufnahme des internationalen Handels in Danzig hat bereits kraftvoll eingesetzt. Es bestehen schon regelmäßige Verbindungen mit nordischen Häfen, so ein Passagier- und Frachtdampferverkehr zwischen Kopenhagen und Danzig. Eine Verbindung mit den französischen Häfen und Danzig dürfte in den nächsten Tagen erfolgen. In Erscheinung treten, denn die französische Reederei Worms & Co. hat es sich zur Aufgabe gemacht, die für Polen von Frankreich gekauften Warenmengen über Danzig einzuführen. Demnächst soll mit über Dampfern eine vierzehntägige Verbindung mit Danzig aufgenommen werden, die über Le Havre und Dünkirchen gehen wird. In Gründung befindet sich auch eine Société coloniale de Navigation pour la Baltique, an der französische und polnische Kapitalisten beteiligt sind und die ebenfalls Schiffe unter französischer Flagge nach Danzig abgehen lassen wollen. Der Stückgüterverkehr mit schwedischen, dänischen und norwegischen Häfen nach Danzig ist bereits aufgenommen. Nach Zulassung des freien Frachthandels ist auch der erste Dampfer mit dänischem Gefrierfisch, nämlich 35 000 Kilo Schellfisch und 15 000 Kilo Heringe für die Danziger Bevölkerung eingetroffen. Das Pfund Gefrierfisch stellt sich auf 1,64 Mk., die Heringe auf 1,88 Mk. das Pfund.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Börse zeigte heute eine schwankende Haltung, ohne daß jedoch im allgemeinen es zu bedeutenden Kursherabsetzungen kam. Bergwerks- und Hüttenaktien waren meist 2 bis 3 Prozent. Chemische Werte blieben im allgemeinen behauptet, nur Höchster Farbwerke stellten sich nach Schwankungen niedriger. Schiffahrtsaktien und Spezialwerte neigten gleichfalls zur Schwäche, jedoch blieben die Kursveränderungen auch hier ziemlich bescheiden. Lebhafteres Geschäft entwickelte sich nur in Steaua Romana- und Deutsche Petroleum-Aktien, die weiter erheblich stiegen. Die Papiere der deutschen Grenzbezirke, die gestern bedeutende Erhöhungen erfuhren, waren den heute stark angeboten und gingen erheblich zurück. Die Auslandsaktien zeigten heute keine feste Haltung. Kanadische waren ansehnlich nach. Deutsche Anleihen waren nicht voll behauptet, Kriegsanleihe stellte sich auf 80,80, ungarische Anleihen schwächten sich ab, österreichische Anleihen waren wenig verändert.

Produktenbericht. Die Umsätze im Produktenverkehr beschränkten sich in sehr engen Grenzen. Für Lupinen zeigte sich noch immer keine Kauflust und auch Serradella blieb fast still. In Rot- und Grassämereien konnten auch nur wenig Abschlüsse getätigt werden, da Ware wegen der Inanspruchnahme der Landwirtschaft durch Feldarbeiten nur in geringem Umfange auf den Markt gelangt. Vom Handel mit Saatgetreide hielten sich die Käufer wegen der erschwerten Bedingungen der Zulassung mehr zurück, mehr zurückhaltend. Die Tendenz für Heu war heute eher etwas sicherer, für Stroh drückt nach wie vor starkes Angebot. Weizenmehl regmerisch.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	
Halberstadt-Blankenb.	81,—	Gebhardt u. Co.	206,—
Halle-Hettstedter	71,—	Gebhardt u. König	15,3
Schaumburghahn	130,75	Gelsenkirch. Bergb.	127,5
Allg. Lokal-Str.	130,—	Glanziger Zuckerfbr.	200,50
Gr. Berl. Str.	121,75	Hallesche Masch.-Fabr.	22,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hamm. Masch.	18,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	304,75	Harpener Berg	148,50
Orientbahn	254,75	Hasper Eisen	71,—
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	100,—
Hambg. Paketfahrt	101,25	Höchster Farbw.	246,50
Hambg.-Südamerika	—,—	Hoesch Eisen u. Stahl	175,—
Hansa-Dampfschiff	221,25	Hohenlohe-Werke	19,—
Nordd. Lloyd	101,75	Humboldt-Masch.	118,25
Banken:		Ilse-Bergbau	120,—
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	110,—
Berl. Handelsges.	152,75	Kaliw. Aschersleben	166,—
Comm u. Diskontobank	121,25	Körbisd. Zucker-Akt.	19,—
Darmstädter Bank	106,—	Kyffhäuserhütte	137,—
Dess. Landesbank	—,—	Lahmeyer u. Co.	170,—
Deutsche Bank	192,50	Lauchhammer	100,—
Diskonto-Comm.	152,25	Laurahütte	96,—
Dresdner Bank	128,25	Linke u Hofmann	100,—
Credit-Anst. Leipzig	131,75	Ludwig Loewe u. Co.	148,—
Mitteld. Kreditbank	113,—	Lothringer Hütte	18,—
Privat-Bank	111,50	Mannesmannröhren	148,—
Nationalbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	31,—
Oesterr. Kredit	—,—	do. Caro Heg.	0,—
Reichsbank	148,—	do. Kokswerke	0,—
Industrie-Aktien:		Orenstein u Koppel	173,—
Schultheiss-Brauerei	247,—	Phönix-Bergb.	137,—
Akt. f. Anilin	234,—	Rhein. Metall-Vorz.	146,—
Allgem. Elektr.-Ges.	163,50	Rhein Stahlwerken	146,—
Ammendorfer Papierf.	—,—	Riebeck. Montan	148,—
Anhalter Kohlenw.	165,—	Rombacher Hütten	148,—
Annaberger Steingut	183,50	Rositzer Braunk.	148,—
Badische Anilin	229,50	Rositzer Zucker	148,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	133,¼	Sangerhäuser Masch.	19,—
Berl. Masch.-Bau	198,—	Hugo Schneider u. Co.	137,—
Bismarckhütte	204,¾	Schuckert u. Co.	137,—
Bochumer Gußstahl	178,25	Siemens u. Halske	148,—
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Stettiner Vulkan	148,—
Chem. Griesheim	193,75	Stollberger Zinkh.	148,—
Chem. v. Heyden	222,—	Strals. Spielkarten	148,—
Consolidation Schalke	—,—	Thale-Eisenhütte	148,—
Crölwitzer Papierfabr.	214,50	Tripitz-Akt.-Ges.	148,—
Daimler-Motoren	197,50	Türkische Tabakregie	148,—
Deutsche Erdölwerke	185,—	Ver. Köln-Rottweiler	148,—
Deutsche Uebersee-El.	229,50	Glanzstoff Elberf.	148,—
Deutsche Erdöl	316,—	Wegelin u. Hübner	148,—
Deutsche Gasglühl.	356,50	Wersch.-Weissenf. Brk.	148,—
Deutsche Eisen	177,50	Westeregeln-Alkali	148,—
Deutsche Waff. u. Mun.	199,50	Wittener Gußstahl	148,—
Donnersmarkhütte	332,—	Wrede-Mälzerei	148,—
Düring u. Lehrmann	123,—	Zeich.-Krebitsch. Brk.	148,—
Dürkoppwerke	293,50	Zeitzer Masch.	148,—
Elberfelder Farben	284,50	Zellstoff Waldhof	148,—
Felten u. Guilleaume	163,50	Otavi-Minen	148,—

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Rundschau, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Rudolf Meyer (sämtlich in Halle a. S.).
Anzeigenteil: Paul Kerten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908081-12/fragment/page=0004